

## Karl Albrecht, Gemeinsamer Markt und Freihandelszone im Urteil deutscher Wirtschaftskreise (1957)

**Quelle:** Aussenwirtschaft. Zeitschrift für internationale Wirtschaftsbeziehungen. 1957, Nr. 12. Zürich und St. Gallen: Polygraphischer Verlag AG. "Gemeinsamer Markt und Freihandelszone im Urteil deutscher Wirtschaftskreise", auteur:Albrecht, Karl , p. 154-169.

**Urheberrecht:** University of Sant Gallen

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/karl\\_albrecht\\_gemeinsamer\\_markt\\_und\\_freihandelszone\\_im\\_urteil\\_deutscher\\_wirtschaftskreise\\_1957-de-bef11ca7-8c47-4bdb-9a3a-f2d3c43foa68.html](http://www.cvce.eu/obj/karl_albrecht_gemeinsamer_markt_und_freihandelszone_im_urteil_deutscher_wirtschaftskreise_1957-de-bef11ca7-8c47-4bdb-9a3a-f2d3c43foa68.html)



**Publication date:** 08/11/2016

## Karl Albrecht, *Gemeinsamer Markt und Freihandelszone im Urteil deutscher Wirtschaftskreise* (1957)

Von Dr. Karl Albrecht, Hauptgeschäftsführer der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer, Düsseldorf  
(1)

### I.

An die Spitze meiner Ausführungen dürfte ein Hinweis auf die grundsätzliche Haltung gehören, die heute in der Bundesrepublik in den Fragen des internationalen Wirtschaftsverkehrs besonders häufig anzutreffen ist. Nach den Erfahrungen einer zentralen Verwaltungswirtschaft in der Kriegszeit ist es verständlich, wenn die Neigung der Unternehmer im wesentlichen und recht einheitlich dahin geht, zunächst einmal all das zu begrüßen, was eine Reduzierung staatlicher Interventionen im Wirtschaftsleben mit sich bringt. Kommen die Erfahrungen des Wiederaufbaus und die Wiederaufnahme internationaler Verflechtungen hinzu, so erscheint es wohl, weiterhin verständlich, wenn die deutsche Wirtschaft weitgehend von dem Gedanken überzeugt ist, daß nur eine echte Multilateralität und eine ehrliche Ablehnung von Diskriminierungen zu einer fruchtbaren Entfaltung des internationalen Handels beitragen kann. Damit kennzeichnet sich aber auch die Haltung dieser Wirtschaftskreise als überwiegend liberal, wovon freilich Landwirtschaft und Verkehrswirtschaft eine oft recht protektionistische Ausnahme machen. Es sei auch in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß die Erfahrungen mit der Währungsreform von 1948 und mit der sich anschließenden Wirtschaftspolitik in Deutschland in den Kreisen der Unternehmer durchaus die Überzeugung gestärkt haben, daß die klassische, monetäre Wirtschaftspolitik, die keineswegs immer bequem ist und oft sogar von ihren Leitern die Bereitschaft zur Unpopularität verlangt, die richtige Wirtschaftspolitik ist.

Was nun die praktische Form der Betätigung dieser Wirtschaftskreise in den internationalen Organisationen betrifft, so wäre zunächst wohl ein kurzes Wort über die Beziehungen zum GATT zu sagen. Die Grundsätze des GATT sind in den Kreisen der Wirtschaft, soweit sie sich über die internationalen Wirtschaftsbeziehungen Rechenschaft ablegt, durchaus bekannt und werden im wesentlichen auch positiv gewertet. Immerhin kann man kaum von einem engen und lebendigen Verhältnis der einzelnen Unternehmen zu diesem Vertragswerk sprechen. Es herrscht durchaus die Auffassung vor, daß es hier um internationale Richtlinien für das Verhalten staatlicher Stellen im Bereich der internationalen Handels- und Zollpolitik gehe.

Ganz anders und viel unmittelbarer sind natürlich die Beziehungen zur Europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) und, soweit es sich um die davon betroffenen Wirtschaftskreise handelt, zur Montanunion. Beim Europäischen Wirtschaftsrat besteht die grundsätzliche Haltung, die Austauschbeziehungen zwischen den Wirtschaften von staatlichen Eingriffen und Behinderungen möglichst zu befreien. Die einleitenden Bemerkungen über die schlechten Erfahrungen der deutschen Wirtschaft mit der interventionistischen Zentralverwaltungswirtschaft machen auch die Vorliebe und Zuneigung zu den Methoden der OEEC besonders verständlich. Bei der Montanunion ist man bekanntlich einen anderen Weg gegangen. Hier hat man nicht das Ausmaß staatlicher Interventionen grundsätzlich zu mindern gesucht, sondern es von der nationalen Ebene auf die supranationale übertragen. Man beseitigte nationale Egoismen und nationale Grenzen, aber nicht aus einer grundsätzlich betont antidirigistischen Haltung, sondern aus der praktischen und politischen Erwägung der Überwindung der Staaten als Individuen und der Gewinnung neuer supranationaler Organismen.

Vorübergehend hatte sich in Deutschland beinahe ein weltanschaulicher Meinungsstreit darüber entwickelt, ob der von staatlicher Intervention wegführende Weg der OEEC oder der die nationalen Egoismen durch Konstituierung supranationaler Institutionen überwindende Weg der richtige für die Integration sei. Dann kam der Versuch, im außenpolitischen Felde durch eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu einer sehr weitgehenden europäischen Integration zu kommen; diese Entwicklung kam zufolge der bekannten Entscheidung der französischen Nationalversammlung zu einem überraschenden und völligen Halt. In jener kritischen Situation waren es vor allem die Holländer, insbesondere der damalige holländische Außenminister Beyen, die versuchten, die grundsätzlich angestrebte politische europäische Integration dadurch zu fördern, daß man zunächst wieder einmal im Bereich der Wirtschaft Integrationspolitik betrieb.

Die holländischen Ideen fanden in Deutschland lebhaft Zustimmung, denn sie waren in ihrem Grundkern liberal und berührten sich mit den Vorstellungen des deutschen Wirtschaftsministers und der deutschen Wirtschaftskreise durchaus. Die französische Regierung aber war sich zweifelsohne ihrer besonderen europäischen Verantwortung bewußt; nachdem die Entscheidung ihres Parlamentes Fortschritte auf dem Wege der politischen Integration verhindert hatte, konnte und mußte sie bemüht sein, ihre europäische Grundhaltung durch Zustimmung zu weiteren Bemühungen im Felde der wirtschaftlichen Integration unter Beweis zu stellen.

In jenem Zeitpunkt hatte man nun in Kreisen der deutschen Wirtschaft bereits einige Erfahrungen mit der Montanunion gesammelt. Es kann nicht bestritten werden, daß gerade die von der Montanunion unmittelbar betroffenen Wirtschaftszweige und Unternehmungen sich zunächst einmal dieser neuen supranationalen Institution gegenüber abwartend und skeptisch verhielten. Die Montanunion, deren *politische* Entstehungsursache nicht vergessen werden sollte, war ja letzten Endes in ihrer wirtschaftlichen Konzeption hervorgegangen aus dem Commissariat du Plan des Herrn Monnet. Dieses wies ganz ohne Zweifel stark dirigistische Züge auf. Die Erfahrungen, die mit der Montanunion gemacht wurden, sind nun die, daß sie sich als durchaus wirtschaftspolitisch neutral erwiesen hat, d.h. sie ist kein Instrument, welches notwendigerweise dirigistisch sein muß, welches notwendigerweise Zentralverwaltungswirtschaft treibt, welches notwendigerweise auf Sozialisierung ausgeht, sondern sie ist ein Instrument, mit dem man durchaus nach rein ökonomischen, sachlichen Erwägungen arbeiten kann. Ich glaube, daß man in Kreisen der deutschen Wirtschaft inzwischen zu der Erkenntnis gekommen ist, daß die Frage, ob die Montanunion in dirigistischem Geiste oder in einem Geist echter Marktwirtschaft gehandhabt wird, in entscheidendem Maße davon abhängt, welche Politik in den Ländern, die zur Montanunion gehören, getrieben wird. Die Regierungen der einzelnen Länder, die in ihren Bereichen den Geist der Wirtschaftspolitik bestimmen, beeinflussen damit auch die Art und Weise, wie das Instrument der Montanunion gehandhabt wird. Es war sicher ein glücklicher Umstand, daß in dieser Zeit nicht nur in Deutschland, sondern auch in den übrigen Ländern der Montanunion, die dirigistische Wirtschaftspolitik nicht im Vordergrund stand.

So empfand man in deutschen Wirtschaftskreisen den Versuch, auf der Messina-Konferenz zu einer umfassenden wirtschaftspolitischen Integration zu gelangen, als ein durchaus zu begrüßendes Mittel, die allgemeine Entfaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu fördern und die administrativen Hemmungen, die einem solchen Wirtschaftsaustausch entgegenstehen, aufzulockern und schließlich zu beseitigen. Die sehr freundliche Resonanz, die die Pläne von Messina gefunden hatten, wich nun freilich während der Verhandlungen bis zum endgültigen Zustandekommen des Vertragswerkes einer immer stärker werdenden Skepsis. Diese Entwicklung hängt nicht zuletzt mit der Regierungstechnik in der Bundesrepublik zusammen. Nach unserem Grundgesetz ist die Bundesregierung nicht verpflichtet, während der Verhandlung über internationale Verträge mit dem Parlament oder mit anderen Kreisen überhaupt in einen Gedankenaustausch über Inhalt und Gestalt solcher Verträge einzutreten. Die Regierung ist als solche befugt, Verträge internationaler Art ohne vorherige Anhörung des Parlamentes abzuschließen, und es entspricht durchaus den Vorschriften des Grundgesetzes, daß lediglich der abgeschlossene Vertrag zur Ratifizierung dem Bundestag vorgelegt wird, ein Verfahren, welches dem französischen völlig entgegengesetzt ist.

Auf französischer Seite hat es die Regierung meisterhaft verstanden, im Laufe der rund zwei Jahre dauernden Verhandlungen bei jeder kritischen Wendung des Verhandlungsganges die eigene Nationalversammlung oder wirtschaftliche Organisationen einzuschalten, sich von diesen Direktiven geben zu lassen, ja oft sogar die Hände binden zu lassen, um damit den Verhandlungspartnern gegenüber durch politische Rückendeckung eine Stärkung zu erfahren, oder um dem eigenen Lande gegenüber politisch gedeckt zu sein. Mit dieser Technik, die ja in Frankreich nicht nur in bezug auf die Konstituierung des Gemeinsamen Marktes angewandt wurde, sondern auch sonst durchaus üblich ist, die also nicht etwa eine besondere Spitze gegenüber den übrigen Partnern der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft darstellt, hat die französische Regierung von Messina bis zum Capitol in Rom eine ganz wesentliche Veränderung in die ursprüngliche Konzeption des Vertragswerkes hineingebracht.

Der Mangel an ausreichender amtlicher Information und der Nachrichtenstrom, der aus dem Auslande und namentlich aus Frankreich nach Deutschland hereinkam, mußte Befürchtungen aufkommen lassen, daß die

ursprünglich so lebhaft begrüßte liberale Konzeption eines Gemeinsamen Marktes mehr und mehr einem dirigistischen Instrument gewichen war, und daß dieser Wandel nicht nur die Grundsätze der Wirtschaftspolitik berührte, sondern praktisch und konkret eine Verschlechterung der Wettbewerbsstellung der deutschen Industrie und der sonstigen gewerblichen Wirtschaft gegenüber ihren französischen Partnern mit sich brachte.

Ich möchte hier nicht mißverstanden sein und schon jetzt ganz klar bemerken, daß die Meinung der deutschen Wirtschaftskreise nicht in erster Linie von konkreten Erwägungen über Veränderungen der Wettbewerbslage bestimmt wurde, sondern doch ganz überwiegend an dem Wunsch orientiert war, einen großen Gemeinsamen Markt zu schaffen, auf dem sich die in der Bundesrepublik so erfolgreich praktizierten Grundsätze einer unternehmerischen, sozialverpflichteten Marktwirtschaft frei entfalten könnten. Die Besorgnis, daß die Wirtschaftspolitik in ihren Grundsätzen entscheidend verändert und nach deutscher Auffassung verschlechtert werden würde, war viel stärker als die im Einzelfall durchaus verständliche Besorgnis um die Verschlechterung der Wettbewerbslage eines Unternehmens oder eines Gewerbebezuges.

Man hat die deutsche Haltung im Auslande vielfach nicht verstanden, weil sich dort die Wirtschaftskreise ganz allgemein viel mehr um die Kenntnis von Details und um eine Urteilsbildung über die Auswirkung einzelner Bestimmungen auf bestimmten Gebieten bemühten. Ich war sehr überrascht, als ich vor einiger Zeit den Besuch eines englischen Wirtschaftsjournalisten erhielt, der von mir wissen wollte, wie dieser oder jener Industriezweig im Gemeinsamen Markt und der etwa zu schaffenden Freihandelszone stehen würde, mit welcher Konkurrenz er rechnen müßte, welches die Auswirkung des Abbaus der Zölle für die Rentabilität bestimmter Unternehmungen oder Gewerbebezüge sein dürfte usw. Und ich war noch mehr überrascht, als der stellvertretende Vorsitzende der englischen konservativen Partei, Mister Donald Kaberry, in Düsseldorf in einem Vortrag über die Freihandelszone ausführte, welche Stellung ungefähr 130 Organisationen, wie Industrieverbände oder Handelsverbände, und viele Hunderte von Einzelfirmen zu den verschiedenen Aspekten der Freihandelszone einnehmen. Eine solche intime Befassung mit Details hat es in Deutschland während der ganzen Vertragsperiode generell sicherlich nicht gegeben.

Dieselbe Beobachtung wurde bei einem anderen Anlaß wiederholt. Von der Düsseldorfer Handelskammer wurde vor einiger Zeit eine Stiftung errichtet, die sich der Förderung des unternehmerischen Nachwuchses und der Ausbildung jüngerer Führungskräfte in der Wirtschaft widmet. Die Düsseldorfer Kammer war damit nicht nur einem allgemein anerkannten Bedürfnis, sondern einem Beispiel gefolgt, welches die Pariser Handelskammer vor mehr als 25 Jahren durch Gründung eines ähnlichen Institutes gegeben hatte. Freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Kammern und beiden Instituten führten zu einer gemeinsamen Veranstaltung in Luxemburg, an der auch ein ähnliches belgisches Institut teilnahm. Man hatte sich vorgenommen, den jungen Unternehmern und den angehenden Führungskräften der Wirtschaft am Beispiel der Montanunion die Problematik des kommenden Gemeinsamen Marktes vorzuführen und ihnen Gelegenheit zu geben, praktisch zu erörtern, wie die Montanunion gewisse Schwierigkeiten überwunden hat. Hier zeigte es sich nun, wie groß der Unterschied zwischen der deutschen und der französischen Einstellung zu der Tatsache der Montanunion und zu dem Projekt des Gemeinsamen Marktes war. Es war für die deutschen jungen Unternehmer überraschend, welche Detailkenntnisse ihre französischen Kollegen aufwiesen. Sie kannten die Vertragswerke, sie kannten den Gang der Verhandlungen, wußten Einzelheiten über die einzelnen Argumente, während wir feststellen mußten, daß unsere jungen deutschen Unternehmer sich im Grunde genommen nur mit den wirtschaftspolitischen Grundsätzen befaßt hatten.

Man mag das bedauern, man mag andererseits aber auch sagen, daß sich hier eine grundsätzliche Einstellung deutlich erweist, die für die Beurteilung des Gemeinsamen Marktes durch die deutsche Wirtschaft sehr wesentlich ist. Das ist nämlich die Ablehnung des rein statischen Denkens. Ich glaube, ohne Übertreibung sagen zu dürfen, daß die verantwortlichen Leiter großer Unternehmungen in Deutschland und die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Verbände allgemein etwa folgende Haltung einnehmen: Sie sagen, man könne aus der Vergangenheit, aus der Statistik, aus den bisherigen Konkurrenzverhältnissen keine genügend sicheren Rückschlüsse für die Zukunft ziehen, denn die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes, bei dem ja nun praktisch für jeden der Teilnehmer aus den sechs Ländern gewissermaßen ein geschlossenes Konsumentenvolk von 160 Mio. Menschen entsteht und einen Binnenmarkt bildet, sei doch etwas ganz anderes, als die mechanische Addition von sechs Volkswirtschaften mit ihren augenblicklichen

Gegebenheiten. Integration bedeute ohne Zweifel zugleich eine Potenzierung der Produktions- und der Absatzmöglichkeiten. Und wenn auch mancher Wirtschaftszweig weiß, daß so, wie die Dinge bisher liegen, der Fortfall der Zölle für ihn katastrophale Rückwirkungen in bezug auf die eigene Konkurrenzstellung haben könne, so steht dem doch die Erkenntnis gegenüber, daß, wenn man rechtzeitig die Umstellungen vornimmt, für die ja eine ausreichend lange Umstellungszeit vorgesehen ist, wenn man sich vor allem rechtzeitig spezialisiert und wenn man sich rechtzeitig auf die großen Möglichkeiten eines Gemeinsamen Marktes einstellt, dann eben auch die Produktionsbedingungen und vor allem die Produktionskosten ganz andere sein werden, als sie bisher gewesen sind, ja daß man zu ganz anderen Produktions- und Vertriebsverfahren übergehen kann, die überhaupt erst eine erhöhte Leistung ermöglichen.

Von einer solchen Einstellung her dürfte es verständlich sein, daß in den Kreisen der deutschen Wirtschaft Außenhandels- und Absatzstatistik, Kostenvergleiche usw. zwar keineswegs beiseite gelassen, aber auch nicht zu hoch eingeschätzt werden. Viel wichtiger erscheint unter diesem Gesichtspunkt in der Tat die Schicksalsfrage, ob das Vertragswerk über die europäische wirtschaftliche Gemeinschaft eine Wirtschaftspolitik zuläßt, die die ungeheuren Möglichkeiten eines so stark vergrößerten Marktes auszuschöpfen gestattet, oder ob sich eine europäische Verwaltungsbürokratie entwickelt, die im Übermaß zu intervenieren sucht und die unternehmerische Initiative lähmt, anstatt sie zu beflügeln.

Mit den erwähnten Fragen hat sich nicht zuletzt die Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer sehr eingehend befaßt. Sie hat sich dabei zunächst mit den besonderen Problemen beschäftigt, die mehr auf politischem Gebiet liegen und sich aus der Zerreißung Deutschlands in zwei Gebiete ergaben, also die Notstandslage in den Zonengrenzgebieten, die Frage des Warenaustausches mit der sowjetisch besetzten Zone usw. Sie hat vor allem auch ihre Befürchtungen zum Ausdruck gebracht, daß der in Aussicht genommene Außenzolltarif zu einer wesentlich höheren Belastung der deutschen Einfuhren führen würde, d.h. eine Verteuerung der Lebenshaltung und eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit mit sich bringen könnte, und hat deshalb sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß die Bildung des Gemeinsamen Marktes für die deutsche Wirtschaft nur dann die erwarteten Vorteile mit sich bringen und wahrscheinlich auch nur dann vertretbar sein würde, wenn es Sicherheiten dafür gäbe oder zumindest doch eine große Wahrscheinlichkeit dafür bestünde, daß sich um diese Gemeinschaft der Sechs die größere Freihandelszone herumlegen werde. Die Kammer hat dann ihre Auffassung weiter dahin vertreten, daß die bis zu diesem Zeitpunkt bekannt gewordenen Bestimmungen über das Vertragswerk recht wenig über eine Koordinierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik und insbesondere der Währungspolitik enthielten, und gefordert, diesen Dingen größeres Gewicht beizumessen. Sie hat sich zu den Ausweichklauseln und Anpassungsmaßnahmen dahin geäußert, daß in Anbetracht der Tatsache, daß dieser Gemeinsame Markt in der Tat unvorhergesehene Chancen, aber auch Risiken enthielte, ein System solcher Ausweichklauseln und Anpassungsmaßnahmen grundsätzlich gerechtfertigt sei, daß es aber immer nur so gehandhabt werden dürfe, daß es zur Realisierung des Endziels, nämlich der Beseitigung aller Hemmungen zwischen den beteiligten Volkswirtschaften, beitrüge. Vor allem aber warnte sie davor, den Versuchungen zu übermäßiger dirigistischer Einflußnahme zu erliegen, die fraglos in dem Vertragswerk enthalten seien. Auf keinen Fall dürfe die Anwendung dirigistischer Methoden die unternehmerische Initiative und damit die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hemmen. Es könne, so sagte die Kammer, nicht dem europäischen Gedanken förderlich sein, wenn die Bevölkerung das Zustandekommen dieser Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit einer Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, die Arbeiter und Angestellten wegen der dann eintretenden Minderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit mit einer Bedrohung der Sicherheit ihres Arbeitsplatzes bezahlen müßten. Ich glaube, daß dies eine recht deutliche Stellungnahme zu den Grundproblemen war.

Erfreulich war das Echo. Diese Resolution der Kammer wurde u. a. den beiden deutschen Ministern zugeleitet, die die Bundesrepublik bei den weiteren Verhandlungen in der OEEC vertraten, Vizekanzler Dr. Blücher und Wirtschaftsminister Professor Dr. Erhard. Beide haben sich zu dem in ihr ausgedrückten Grundgedanken bekannt, der sich auch in der Erklärung von Minister Erhard am 12. Februar in Paris vor dem Europäischen Wirtschaftsrat wiederfinden läßt. Die Spitzenorganisation aller deutschen Kammern, der Deutsche Industrie- und Handelstag, hat in ähnlicher Weise Bedenken angemeldet, daß im Rahmen des Vertragswerkes dirigistische Tendenzen allzusehr zum Durchbruch kommen könnten, und er hat auch seinerseits entscheidendes Gewicht darauf gelegt, die währungspolitischen Maßnahmen der beteiligten

Länder aufeinander abzustimmen, um in allen Ländern eine liberale Wirtschaftspolitik zu ermöglichen.

Nach den bisherigen Ausführungen läßt sich, gewissermaßen in Form einer Zwischenbilanz, die grundsätzliche Haltung, wie sie in den deutschen Wirtschaftskreisen weit verbreitet ist, etwa wie folgt zusammenfassen:

Fast ohne Ausnahme wird jeder Schritt zu einer weitgehenden internationalen Verflechtung und zu weiterer Liberalisierung der Handelspolitik grundsätzlich gutgeheißen. Denn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wird grundsätzlich als eine wünschenswerte, ja notwendige Ergänzung zur Montanunion begrüßt, da eine Teilintegration, wie diejenige der Montanindustrien, immer Stückwerk bleiben müsse und letzten Endes gerade wegen ihres Charakters als Teilintegration besonders schwierige Probleme aufwerfe. In weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft besteht weiterhin die grundsätzliche Auffassung, daß die nunmehr sich bildende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft durchaus die Vorstufe zu stärkerer politischer Integration sein könne und auch sein solle. Ebenso deutlich ist aber auch die Überzeugung festzustellen, daß es dabei nicht sein Bewenden haben dürfe, sondern daß das, was mit dem Gemeinsamen Markt angestrebt wird, erst eigentlich zur Wirkung kommen könne in dem größeren Rahmen einer Europäischen Freihandelszone, ja daß die vielen, sogar sehr vielen Bedenken, die man wegen des Außenzolltarifs und wegen der Gefahr handelspolitischer Isolierung habe, durch die Realisierung der Freihandelszone behoben werden müßten. Viele sprechen ganz nüchtern aus, daß selbst eine schlechte europäische Wirtschaftsgemeinschaft doch besser sei als gar keine. Vor allem aber verbinden sie damit die Auffassung, daß die Dynamik der Tatsachen stark genug sein werde, dirigistische Fesseln zu sprengen und anfängliche Fehler zu korrigieren. So glaubt man, daß das Positive stärker sei als das Negative, und daß die tatsächliche Entwicklung von den hohen Zöllen des Außentarifs und von den dirigistischen Anpassungsmaßnahmen wegführe zu freieren Wirtschaftsbeziehungen und größeren Wirtschaftsräumen, sei es im Rahmen der angestrebten Freihandelszone, sei es darüber hinaus in weltwirtschaftlichen Ausmaßen.

## II.

Wenn ich bisher versucht habe, eine grundsätzliche Haltung herauszuschälen, und dabei wiederholt Gelegenheit genommen habe, darauf hinzuweisen, daß für die deutsche Haltung gerade die grundsätzliche Linie besonders charakteristisch ist, so läßt sich selbstverständlich auch vieles über ganz spezielle Wirtschaftsgebiete und Wirtschaftsprobleme aussagen. Dabei darf zunächst einmal nicht übersehen werden, daß der Außenhandel der Bundesrepublik mit den übrigen fünf Partnern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Viertel des gesamten Außenhandels nicht überschreitet. Würde es zur Bildung der Freihandelszone, etwa im Kreise der Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsrates, kommen, dann würden etwa 50 bis 60% des bisherigen deutschen Außenhandels sich in dieser Zone abwickeln. Es ist sicherlich sinnvoll, anzunehmen, daß nach Inkrafttreten der Vertragsbestimmungen, und insbesondere nach Ablauf der Übergangszeit, der Anteil des Handels, der sich in dem einen oder in dem anderen Raum abspielt, im Verhältnis zu dem Gesamtaußenhandel größer sein dürfte als in der Vergangenheit. Immerhin ist nicht zu übersehen, daß er im Rahmen des Gemeinsamen Marktes nur einen, wenn auch nicht unbedeutenden, Bruchteil darstellt.

Was nun die Haltung einzelner Wirtschaftszweige zum Gemeinsamen Markt anbelangt, so möchte ich mit der *chemischen Industrie* beginnen. Professor *Haberland*, der Vorsitzende des Verbandes der Chemischen Industrie, hat sich vor kurzem sehr grundsätzlich zu diesem Thema geäußert. Sollte es nicht gelingen, sagte er, Europa wirtschaftlich und politisch zu einigen, so habe es nicht nur seine Zukunft, sondern auch die persönliche Freiheit des Einzelnen verspielt. Wenn Europa in 12 oder 15 Jahren einen ähnlich imponierenden Wohlstand erreichen wolle, wie er in den Vereinigten Staaten im freien Spiel der Kräfte innerhalb von 80 Jahren gewachsen sei, müsse es den Mut zur Großzügigkeit aufbringen, den Länder- und Branchenegoismus aufgeben und Opfer bringen, deren Lasten auf alle Schultern zu verteilen seien. Für die chemische Industrie der Bundesrepublik erwartet Professor Haberland die Notwendigkeit gewisser Standortverlagerungen zu günstigeren Rohstoff- und Energiequellen hin. Die Industrie werde die Übergangszeit intensiv nutzen müssen, um sich der veränderten Produktions- und Absatzsituation anzupassen. Grundsätzlich ist Professor Haberalands Urteil positiv. Und dieses Urteil wiegt um so mehr, als er darauf hinweist, daß die chemische Industrie drei Viertel ihrer Produktion auf dem bisherigen

Binnenmarkt absetze und es ihr daher nicht gleichgültig sein könne, in welchem Ausmaß ihre wichtigsten Kunden, wie beispielsweise Textilindustrie und Landwirtschaft vom Übergang zum Gemeinsamen Markt betroffen werden.

Ich halte gerade diesen Hinweis für sehr charakteristisch, denn er läßt erkennen, daß die deutsche chemische Industrie sich ihr Urteil auf Grund einer sehr eingehenden Untersuchung der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf die Bundesrepublik gebildet hat. Es ist beachtlich, daß sie hier zu einem positiven Ergebnis kommt, ohne die Risiken zu verkleinern, die durchaus auch für viele Wirtschaftszweige der Bundesrepublik gegeben sind. Ebenso wichtig aber sind weitere Ausführungen, in denen Professor Haberland darauf hinwies, daß, so notwendig die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes auch sei, doch die dynamische Wirtschaftsexpansion nicht durch einen kleuropäischen Dirigismus eingeengt werden dürfe. Für den größeren Zusammenschluß, die Freihandelszone, gelte das gleiche. Als Endziel müsse der einheitliche, freie Weltmarkt im Auge behalten werden. Die Sicherung der Zukunft bedinge ferner ein Zusammenfinden der alten und der neuen Welt bei der Hebung des Lebensstandards in den Entwicklungsländern, in denen fast zwei Drittel der Menschheit wohnen.

Ich habe diese Ausführungen so ausführlich zitiert, weil sie meines Erachtens nicht nur für die Haltung eines der bedeutendsten Industriezweige, sondern auch für die persönliche Haltung unserer deutschen Unternehmer, typisch ist.

Im Bezirk der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer lassen sich eine Anzahl von Industrien besonders gut beobachten. Wir haben hier eine ziemlich kräftige *Schraubenindustrie*; diese rechnet mit erheblicher Verschärfung des Wettbewerbs innerhalb des Marktes der Sechs. Unsere *Drahtindustrie* fürchtet eine verstärkte belgische Konkurrenz. Die *Stahlbauindustrie* ist der Meinung, daß sie erhebliche zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten bereits im Gemeinsamen Markt, noch mehr aber in der Freihandelszone haben werde. Der *Maschinenbau* wünscht von vornherein die Verbindung zwischen Gemeinsamen Markt und Freihandelszone. Die *Zellstoff- und Papierindustrie* sieht in der Schaffung des Gemeinsamen Marktes für ihre eigene Produktion, abgesehen von Strohcellstoff, Rohpapier und Strohpapier, keine Erschwerungen; aber sie weist darauf hin, daß bei der Bildung der Freihandelszone ihre Wettbewerbssituation außerordentlich schwierig werden würde, weil sie sich den skandinavischen Konkurrenten gegenüber nicht in allem gewachsen fühle. Ähnliche Feststellungen trifft die Forschungsstelle für allgemeine Textil- und Marktwirtschaft an der Universität Münster, die sich vor allem mit dem Außenhandel mit *Wollgeweben* befaßt. Sie spricht davon, daß innerhalb des Gemeinsamen Marktes natürlich die italienische Produktion aus Prato und Umgebung ein schweres Problem darstelle. Im übrigen ist sie aber der Meinung, daß dieses Problem immer bestehe, ob es nun einen Gemeinsamen Markt gibt oder nicht. Ein viel ernsteres Problem tritt nach ihrer Auffassung auf, wenn es zur Bildung der Freihandelszone kommt, da dann die Konkurrenz der englischen Wollgewebeindustrie auf dem gesamten Gebiet der Freihandelszone der deutschen Industrie manche Sorge verursachen werde. Der Gesamtverband der *Textilindustrie* hat eine sehr gründliche Untersuchung über die Zollbelastung, die Absatzmöglichkeiten usw. durchgeführt und veröffentlicht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß in der Mehrzahl der Fälle der deutsche Zoll auf Textilerzeugnisse von den sechs Ländern wenn nicht der niedrigste, so doch einer der niedrigsten ist; die Vorteile für die deutsche Textilindustrie dürften daher größer sein, da dann die höheren Zölle der anderen wegfallen, während der Fortfall des geringeren deutschen Zolls die Konkurrenz auf dem deutschen Gebiet nur in geringerem Maße verschärfen würde. Wir haben auch einige recht pessimistische Berichte vorliegen. Ich darf darauf hinweisen, daß die deutsche *Seifenindustrie*, vor allem die *kosmetische Industrie*, es gegenüber ihrem französischen Konkurrenten auf dem Gemeinsamen Markt besonders schwer haben wird. Es schließen sich eine Fülle weiterer Beispiele an.

Aber es findet sich auch bereits ein Ansatzpunkt zu unternehmerischer Reaktion: es kann festgestellt werden, daß Gespräche zwischen internationalen Konkurrenten, die in verschiedenen Ländern des Gemeinsamen Marktes ihren Sitz haben, bereits anlaufen mit dem Ziel eines gegenseitigen Erfahrungsaustausches, einer Bereinigung der Produktionsprogramme, einer gemeinschaftlichen Marktbearbeitung usw. Eine solche Reaktion scheint mir besonders beachtlich, denn ich bin davon überzeugt, daß das Schicksal dieses ganzen Vertragswerkes nicht so sehr von dem Verhalten der

Regierungen als von dem Verhalten der einzelnen Unternehmer abhängen wird. Die Entschlossenheit und die Fähigkeit, den großen Gemeinsamen Markt schon jetzt in die Überlegungen und Dispositionen einzubeziehen, rechtzeitig dafür Vorsorge zu treffen, das ist, glaube ich, die große Frage für die Bewährung des Vertragswerkes, aber auch für die Bewährung des Unternehmertums selbst in diesem Gemeinsamen Markt. Sie entscheidet über das Schicksal der Europäischen Integration.

Hier möchte ich mir im übrigen den Hinweis erlauben, daß auch für die Disposition von Unternehmern, deren Werke außerhalb des geographischen Bereichs des Gemeinsamen Marktes liegen, dieser doch absatzmäßig eine Realität darstellen sollte. Und in der Tat reagieren auch manche weitsichtigen Unternehmer in der Welt bereits auf die hier sich anbahnende Entwicklung. Es sind bereits heute amerikanische Unternehmungen und Banken damit beschäftigt, die Konsequenzen aus dem hier entstehenden Markt der 160 Mio. Konsumenten zu ziehen. Es ist für sie interessant, eine Vertriebsorganisation zu schaffen, die diesen Dimensionen entspricht. Es erhebt sich für sie die Frage der Errichtung eigener Fabrikationsniederlassungen in diesem neuen großen Markt. Das gilt auch für die Banken, das gilt für die großen Verkehrsgesellschaften, und das gilt wohl nicht nur für amerikanische Unternehmer. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß auch in der Schweiz ähnliche Erwägungen angestellt werden.

### III.

Bezüglich des Vertragswerkes im einzelnen und der Reaktion der Wirtschaftskreise auf einzelne Vertragsbestimmungen sei mir erlaubt, auf meine kürzlich erschienene Schrift „Risiko und Chance im Gemeinsamen Markt“<sup>(2)</sup> zu verweisen.

Aber das eine muß doch hier gesagt werden: Die Entscheidungen, wie das Vertragswerk endgültig gestaltet werden wird, sind durchaus noch nicht alle getroffen. Sie werden aber auch nicht erst am Ende der Übergangszeit fallen. Ich glaube, daß die ersten *beiden* Jahre oder die ersten *vier* Jahre nach Inkrafttreten des Vertragswerkes von den dafür eingesetzten Gremien eine Fülle grundsätzlicher und praktischer Entscheidungen verlangen, aber auch von den einzelnen Unternehmen. Daraus folgt doch zweifelsohne, daß sich die einzelnen Unternehmer so frühzeitig und so intensiv wie möglich mit dem Vertragswerk vertraut machen, vor allem aber die Frage zu prüfen haben, wie weit eine Ausgestaltung des Vertragswerkes und eine Anpassung an besondere Bedürfnisse möglich und notwendig ist. Die Verfasser des Vertrages waren so klug, ihm nicht eine volle Starrheit zu geben. Es sind Lücken auszufüllen, und es sind durchaus elastische Bestimmungen da. Es wird also nicht nur darauf ankommen, daß die Unternehmer für sich und ihre Unternehmungen Entscheidungen treffen, wie sie sich auf dem Gemeinsamen Markt künftig zu verhalten haben, sondern daß sie sich auch darüber klar werden, wie weit sie über ihre Organisationen und ihre Regierungen auf die Ausgestaltung des Vertragswerkes und auf die Praxis seiner Anwendung Einfluß nehmen sollen und können.

In diesem Zusammenhang sei ein Hinweis gestattet, der den Inhalt des Vertragswerkes betrifft. Ich meine die Bestimmungen über Freizügigkeit der Dienstleistungen, Freizügigkeit der Arbeitskräfte, Niederlassungsrecht, Anpassung der Rechtsbestimmungen und Freizügigkeit des Kapitalverkehrs. Man spricht im allgemeinen nur von einer Zollunion und denkt an Beseitigung von Zöllen und Kontingenten. Ich glaube, daß für die Praxis des Wirtschaftslebens die sehr weitgehenden und höchst erfreulichen Bestimmungen über eine Sicherung der Freizügigkeit auf den eben angegebenen Gebieten von größter Bedeutung sind, und daß es gerade in der Entscheidungsfreiheit des Unternehmers liegt, die hier gegebenen Möglichkeiten auszunutzen und damit der Konzeption eines Gemeinsamen Marktes Leben und Inhalt zu geben.

Ein weiteres, sehr schwerwiegendes Problem betrifft die zahlreichen vorgesehenen Fonds, sowohl in ihrer Größenordnung, dann aber auch in ihren Beziehungen zu dem privaten Bankgewerbe. Ich möchte hier nicht die Fonds im einzelnen aufzählen. Es sind ihrer sehr viele. Rechnet man sie zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie über Mittel in der Größenordnung von 2 bis 3 Mrd. Dollar verfügen werden. Dazu kommen noch die bei der Montanunion bereits bestehenden Fonds mit großenteils gleichen Zielsetzungen. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, daß die Ansammlung derartig großer Beträge die Struktur des

internationalen Kapitalverkehrs beeinflussen wird. Die Frage ist gerechtfertigt, wie weit das private Bankgewerbe durch internationale Zusammenarbeit, gegebenenfalls durch internationale Konsortien, diesen Tatsachen Rechnung tragen kann und soll. Es sind Bedenken aufgetaucht, daß die Fülle dieser Fonds nicht nur die Versuchung zu staatlichen Interventionen vergrößern, sondern die Wirkungs- und Entfaltungsmöglichkeiten des privaten Bankgewerbes einengen könnte. Hier sind die Dinge noch durchaus offen; sie verdienen jede Aufmerksamkeit.

Der letzte Fragenkomplex, den ich kurz berühren möchte, hängt mit den *Problemen der Zahlungsbilanz* zusammen. Vergewärtigen wir uns die Tatsache, daß nach dem Text des Vertrages die Länder sich grundsätzlich verpflichten, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, welche das Zahlungsbilanzgleichgewicht sicher stellen, gleichzeitig aber auch einen hohen Lebensstandard und ein Maximum an Beschäftigung gewährleisten soll. Die Problematik, die darin gegeben ist, ist ohne Zweifel den Verfassern des Vertrages durchaus bewußt. Bei einer Zahlungsbilanzkrise darf in Zukunft keines der Länder auf Restriktionen zurückgreifen. Das aber erhöht die gefährliche Wirkung, die von unrealistischen Wechselkursen ausgeht. Die Gefahr der Störung des Zahlungsbilanzgleichgewichtes ist bei starren Wechselkursen und bei der Verpflichtung, von restriktiven Maßnahmen Abstand zu nehmen, größer als sie ohne das Vertragswerk wäre. Der holländische Notenbankpräsident Holtrop hat von dem einzigen souveränen Recht der Partnerländer gesprochen, dem „souveränen Recht zur Inflation“. Hier liegt in der Tat ein sehr schwieriges Problem vor. Für die praktische Wirtschaft bedeutet dies, daß sie ihr Augenmerk auf die Kursrelationen wird richten müssen, mehr als sie es bisher getan hat. Die Notwendigkeit, Wechselkurse anzupassen, um einem Zahlungsbilanzungleichgewicht zu begegnen, wird größer, wenn man auf restriktive Praktiken verzichtet. Hier wird möglicherweise einmal die entscheidende Bewährungsprobe für das gesamte Vertragswerk liegen.

#### IV.

In Rom hat der eigentliche Vater des Vertrages, der damals noch als belgischer Außenminister wirkende Paul Henry Spaak, aus Anlaß der Unterzeichnung der Verträge etwa folgendes gesagt:

„Europa kann nur dann aus der Dekadenz, in der es sich jetzt befindet, herauskommen, wenn es neue Wege beschreitet und die Grenzen sprengt, die seiner Entwicklung entgegenstehen. Die moderne technische Entwicklung, z. B. die Automation läßt sich nur auf einem großen Markt durchführen. Keine der bisherigen kleinen Volkswirtschaften wird im Stande sein, die Mittel dafür aufzubringen, die nötigen Absatzmärkte zu finden, welche heute durch Schranken und Beschränkungen versperrt sind. Bereits bei den klassischen Produktionsmethoden tauchen Schwierigkeiten auf. Neue Verfahren der Automobilproduktion, die in den Vereinigten Staaten angewendet werden, können in Europa noch nicht angewandt werden, weil die Massenproduktion aus Mangel an Absatzmöglichkeiten im gleichen Umfange bisher nicht möglich war. Man muß ganz schweigen von der Entwicklung der Atomenergie, die die Möglichkeiten der bestehenden europäischen Volkswirtschaften ebenfalls überschreitet. Spaak geht aber noch weiter. Er glaubt, daß von dem Gemeinsamen Markt auch intellektuell eine große Wirkung und ein großer Auftrieb ausgehen kann. Der neue Weg, sagt er, bedeutet nicht, daß Europa auf seine kulturellen Güter verzichten oder sie durch neue ersetzen solle. Im Gegenteil, Spaak sieht in der Schaffung des neuen Europas eine einmalige Möglichkeit und Aufgabe, die europäische Lebensweise und vor allem die europäische Auffassung von der Wirkung der Persönlichkeit nicht nur zu verteidigen, sondern damit auch einen Beitrag für die Entwicklung der Welt zu leisten.

Ich glaube aus meiner Kenntnis der grundsätzlichen Haltung maßgebender Kreise der deutschen Wirtschaft schließen zu dürfen, daß diese von Herrn Spaak vorgetragene Auffassungen durchaus in der deutschen Wirtschaft Resonanz finden. Der scheidende Präsident der internationalen Handelskammer, der Amerikaner Pearson, hat auf dem letzten Kongreß in Neapel zu diesem Thema etwa folgendes ausgeführt:

„Wir Geschäftsleute werden darüber bestimmen, wie weit dieser Gemeinsame Markt ein Erfolg sein wird oder nicht. Die Reduzierung von Zolltarifen, die Freiheit der Kapitalbewegung, die Bildung von Investitionsfonds können nie von sich aus die wirtschaftliche Revolution bewirken, die Europa braucht. Wenn der Gemeinsame Markt Erfolg haben soll, dann müssen die Geschäftsleute mehr tun, als sich nur damit abzufinden. Sie müssen in all ihrem Denken die neue Konzeption zu einem neuen Werkzeug ihrer

eigenen Dispositionen machen. Das bedeutet Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiet der modernen technischen und wissenschaftlichen Entwicklung." Pearson fügte hinzu, daß der große, von Zolltarifen freie Binnenmarkt der Vereinigten Staaten niemals das für die amerikanische Wirtschaft geworden wäre, was er tatsächlich geworden ist, wenn der amerikanische Geschäftsmann nicht gelernt hätte, in den Bedingungen und Ausmaßen dieses großen Marktes zu denken.

Was Pearson hier sagt, kann meines Erachtens durchaus auch als die Auffassung eines großen Kreises deutscher Unternehmer betrachtet werden. Gerade weil die Regierungen vorsichtig waren und ein Vertragswerk schufen, welches, Gott sei Dank, nicht alle Fragen von vornherein löst, bin ich sicher, daß die Mitwirkung der Unternehmer dazu beitragen kann, für die Realisierung dieses Gemeinsamen Marktes und der von den deutschen Unternehmern grundsätzlich ebenfalls angestrebten Freihandelszone ein Klima zu schaffen, in dem verantwortungsbewußtes freies Unternehmertum seine soziale Aufgabe erfüllen und darüber hinaus sich auch geschäftlich erfolgreich betätigen kann.

(1) Der Aufsatz gibt in gekürzter Form den Inhalt eines Vortrages wieder, welchen der Verfasser am 24. Mai 1957 in der Generalversammlung des Schweizerischen Instituts für Außenwirtschafts- und Marktforschung in St. Gallen gehalten hat. Dr. Albrecht, welcher selbstverständlich keine offizielle Meinung einer deutschen Behörde oder Wirtschaftsorganisation, sondern nur seine persönlichen Ansichten vorbrachte, ist jedoch sowohl dank seiner gegenwärtigen Position, wie seiner früheren aktiven Mitarbeit an den Fragen der europäischen Integration in besonderem Maße dazu legitimiert, sich über das Thema zu äußern. Die von ihm geleitete Organisation ist für die Handelskammern von ganz Nordrhein-Westfalen federführend; die Wirtschaft dieses Bundeslandes stellt etwa 45 % des gesamten deutschen Exportes.

(2) Karl Albrecht: Risiko und Chance im Gemeinsamen Markt. Kleiner Führer für die praktische Wirtschaft. Schriftenreihe des „Handelsblatt“, Düsseldorf 1957.